

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock
und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

31. Jahrgang.

Nr. 58.

Donnerstag, den 15. Mai

1884.

Bekanntmachung.

Nachdem der **Haushaltplan der Stadt Eibenstock** für 1884 gedruckt worden ist, wird Solches mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß auf Verlangen und soweit der Borrath reicht, Druckexemplare desselben in der Rathsexpedition unentgeltlich abgegeben werden.

Eibenstock, am 13. Mai 1884.

Der Stadtrath.
Löfcher.

B.

Am **15. dieses Monats** wird hier der 2. Termin der diesjährigen **Com-
munalanlagen** fällig.

Es wird dies andurch mit dem Bemerkten in Erinnerung gebracht, daß nach Ablauf der zur Zahlung nachgelassenen achtägigen Frist gegen etwaige Restanten executivisch vorgegangen werden wird.

Schönheide, am 13. Mai 1884.

Der Gemeinderath.

Für einen 7jährigen Waisenknaben

wird gegen Gewährung einer angemessenen Erziehungsbeihilfe entsprechendes Unterkommen gesucht. Näheres ist zu erfragen durch die

Gemeindeverwaltung zu Schönheide.

Bekanntmachung.

Die am 15. dieses Monats fällig werdenden **Gemeindeanlagen** sind längstens bis

den 26. ds. Mts.

zur hiesigen Stadtkasse abzuführen und werden die Anlagepflichtigen mit dem Bemerkten darauf aufmerksam gemacht, daß nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen unverzüglich mit executivischer Beitreibung ihrer Anlagen vorgegangen werden wird.

Sehanngeorgenstadt, den 13. Mai 1884.

Der Stadtrath.

Vohmann.

Die Reichsregierung und die deutsche Handels- und Colonialpolitik.

Im Schooße der Reichsregierung ist stets das Bestreben vorhanden gewesen, Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkte zu erweitern und zu befestigen, und dazu gehörte in letzter Linie auch die Errichtung von Handelsniederlassungen oder Colonien überhaupt. Mit großer Eile durfte indessen die deutsche Colonialfrage nicht betrieben werden, dieselbe mußte erst allmählich reifen, politisch und wirtschaftlich, im Handels- und Seeverkehr gehörig vorbereitet und dann unter Mitwirkung aller günstigen Momente gelöst werden. Und auch heute stehen wir noch nicht vor der Lösung der deutschen Colonialfrage, wohl aber vor einer der wichtigsten maritimen Vorbereitungen zu ihrer Schritt vor Schritt zu erreichenden Lösung. Es geschieht dies in erster Linie durch den Gesegenswurf, welcher dem Bundesrathe über die Unterstützung der deutschen überseeischen Postdampferverbindungen zugegangen ist. Deutschland ist in seiner Stellung auf dem Weltmarkte zunächst auf Handelscolonien angewiesen. Diese unterstützen am wirksamsten Handel und Industrie des Mutterlandes, können in jedem überseeischen Lande errichtet werden, kosten auch nicht entfernt soviel Anlagekapital wie die eigentlichen Colonien und bringen Deutschland nicht in Conflict mit irgend einer anderen Macht. Wenn aber Deutsche als Kaufleute und Plantagenbesitzer, sei es in Indien, Australien oder Amerika etwas Hervorragendes für das Vaterland leisten sollen, so muß der Verkehr mit Deutschland und durch deutsche Schiffe auch mit dem Auslande so günstig gestellt sein, daß die fremdländische Schifffahrt nicht in eine gefährliche Concurrenz treten kann. Die Erreichung dieses Zieles wird nun durch den erwähnten Gesegenswurf erstrebt und es ist unbedingt nöthig, daß derselbe von großen und weiten Gesichtspunkten aus beurtheilt wird und nicht etwa eine kleinliche Auffassung erfährt, wie vor einigen Jahren die Samoa-Vorlage, durch welche die Regierung den ersten Angelpunkt in der Colonialpolitik zu finden hoffte.

Bekanntlich hatte es die Reichsregierung seit Ablehnung der Samoa-Vorlage vermieden, zu der von der öffentlichen Meinung mit so großer Lebhaftigkeit aufgenommenen Frage der activen Betheiligung Deutschlands an der Weltwirtschaft amtlich Stellung zu nehmen. Die Frage war aber nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Mit der Energie, die wir an unserem Reichskanzler gewohnt sind, sagt die Reichsregierung die Sache wieder an, und zwar zugleich an den verschiedensten Enden der Welt und auf den verschiedenen wirtschaftlichen Gebieten.

Hand in Hand mit der Hebung der deutschen Handelsmarine soll dies auch durch die gesteigerte Leistungsfähigkeit der deutschen Postdampferlinien, resp. unserer bewährten postalischen Einrichtungen im großen Weltverkehre geschehen. Wenn eine sorgfältige Prüfung der betreffenden Vorlagen durch den Reichstag nun auch durchaus nothwendig erscheint und vielleicht auch diese oder jene Aenderung sich als noth-

wendig erweist, so hoffen wir doch diesmal auf ein günstiges Ergebnis in der Förderung der deutschen Colonialpolitik.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der „Kreuz.“ zufolge soll der Kaiser dem Fürsten Bismarck nunmehr die Genehmigung zum Ausscheiden aus dem preussischen Ministerium ertheilt haben. Der Fürst hätte sich danach in den Einladungsarten zu der parlamentarischen Séance am Sonnabend als „Ministerpräsident“ definitiv verabschiedet. — Das Staats-Ministerium trat Sonntag Nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Fürsten v. Bismarck im Reichskanzler-Palais zu einer Sitzung zusammen. Die Berathung war von mehrstündiger Dauer und beschäftigte sich wahrscheinlich mit den Consequenzen des Rücktrittes des Ministerpräsidenten.

— Zahlreiche Gesuche waren bei den zuständigen Behörden von solchen invaliden Personen eingegangen, welche den Feldzug 1870/71 mitgemacht haben, aber in der Frist, welche zur Meldung für Gewährung von Pensionen aus dem Reichsinvalidenfonds festgesetzt war, sich nicht gemeldet hatten, weil zu jener Zeit die Invalidität noch nicht eingetreten war. Auf die Bittgesuche der Betroffenen, ihnen nachträglich noch einen Pensionsbezug zu gewähren, ist bekanntlich leghin eine Antwort vom Reichskanzler dahin ergangen, daß von Reichswegen jetzt Schritte in Vorbereitung wären, um solchen berechtigten Ansprüchen möglichst zu genügen. Wie verlautet, sind zunächst Fragebogen an die Einzelregierungen ergangen, worin sie um Mittheilung darüber ersucht werden, wie viele Fälle von solchen nachträglichen Pensionsgesuchen ihnen bekannt geworden sind. Allerdings ist es dem Vernehmen nach nur eine verhältnißmäßig geringe Anzahl von derartigen Gesuchen, welche den Regierungen bisher zugegangen sind, da bei der Ausichtslosigkeit von Schritten in dieser Richtung sich nur Wenige der damit verbundenen Mühe unterzogen, es läßt sich aber annehmen, daß beim Weiterbekanntwerden des Entgegenkommens der verbündeten Regierungen sich die Eingaben beträchtlich vermehren werden. Allerdings verkennt man an den zuständigen amtlichen Stellen die Schwierigkeit nicht, festzustellen, ob die vorhandenen Krankheitserscheinungen auf Strapazen des Feldzuges z. zurückgeführt werden können oder nicht, doch besteht allgemein die Ueberzeugung, daß ein Entwurf bald zu Stande kommt, da der Wille, in der angegebenen Richtung etwas zu thun, bei den verbündeten Regierungen gleichmäßig vorhanden ist.

— Dem „Berliner Fremdenblatt“ entnehmen wir Folgendes: „Es ist eine seltene, deshalb aber auch um so bemerkenswerthere Thatsache, daß in Frankreich Stimmen sich vernehmen lassen, welche die friedliche, von kleinlichen Hintergedanken freie Stimmung des deutschen Volkes gegenüber Frankreich rückhaltlos anerkennen. Zu

einer solchen Anerkennung in hervorragenden Blättern, wie „Figaro“ und „Gil Blas“ hat der Erfolg Veranlassung gegeben, den der bekannte französische Unternehmer Herr Oswald Nier mit seinen, die Firma „Aux Caves de France“ führenden Weingeschäften in Deutschland erzielt hat. Jene Blätter constatiren mit leicht begreiflicher Befriedigung die eminente geschäftliche Fortune, deren sich ein Landsmann in Deutschland erfreut, und knüpfen daran sehr verständige Betrachtungen über die Borurtheilsfreiheit und den politischen Takt des deutschen Publikums, welches sich weder durch die Rationalität des Herrn Nier noch durch seine eccentricirt französische Firmenschilder abhalten läßt, dem in Rede stehenden Unternehmen seine gewinnbringende Rundschau in immer steigendem Maße zuzuwenden. Fraglich bleibt deshalb wohl noch immer, ob, trotz „Gil Blas“ und „Figaro“, als Pendant zu den deutschen Erfolgen des Herrn Nier, ein deutscher Unternehmer als solcher öffentlich in Frankreich auftreten, einige Duzend Hauptgeschäfte in den großen Städten und viele Hunderte von Filialen, alle unter prononciert deutscher Firma, unangefochten betreiben könnte — von der Möglichkeit eines brillanten finanziellen Erfolges ganz abgesehen. Immerhin wollen wir die Art und Weise, wie zwei größere französische Pressorgane zu dem concreten Falle Stellung nehmen, ausdrücklich registriren: sie beweist, daß die deutschfeindlichen Tendenzen in der öffentlichen Meinung Frankreichs wenigstens nicht mehr ausschließlich herrschen.“

— München. Am Sonntag Morgen wurde die Bevölkerung von München durch eine sozialdemokratische Demonstration in große Aufregung versetzt. Es wird hier gerade das bayerische Veteranenfest durch drei Tage gefeiert, und in Folge dessen herrscht ein regeres Leben als sonst. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden von einem für das Fest vor dem Colosseum errichteten Triumphbogen die Banner in den Reichsfarben entfernt und statt derselben zwei rothe Fahnen aufgesteckt, welche die Inschriften trugen: „Es lebe die Sozialdemokratie. — Nieder mit dem Massenmord.“ Es entstand ein massenhafter Zusammenlauf um den Triumphbogen, zumal die Fahnen erst 2 1/2 Stunden nach ihrer Entdeckung entfernt wurden. Diese Demonstration war die erste ihrer Art, die bisher in München vorgekommen ist. Die strengste Untersuchung ist im Gange.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Mit reger Erwartung sieht man in Stützengrün, wie das „Nachrichtsblatt f. Kirchberg“ schreibt, einer Entscheidung des Konsistoriums entgegen. Die beiden Gemeinden Ober- und Unterstützengrün mit einer Seelenzahl von ca. 2400 Einw. haben darum nachgesucht, daß ein besonderer Geistlicher für sie angestellt und so eine Trennung von der bedeutend weniger Einwohner zählenden Mutterkirche Rothenkirchen (ca. 1600 Einw.) herbeigeführt werde. Man hofft, daß durch die Trennung eine Menge Uebelstände beseitigt werden, welche hauptsächlich ihren Grund in der Ausdehnung der Gemeinde haben, so daß dem